

Antworten der CDU Hessen auf die Wahlprüfsteine der Hessischen Studierendenwerke

Einleitende Bemerkung:

Unsere Beantwortung steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung über das Programm zur Landtagswahl durch den Landesparteitag der CDU Hessen, die erst nach Ablauf der für die Beantwortung gesetzten Frist erfolgen wird. Die Beantwortung stellt mithin die allgemeine Positionierung der CDU Hessen dar und bezieht sich nicht auf etwaige Positionen für den Landtagswahlkampf.

Soziale Belange der Studierenden in Hessen

- 1) Wird eine Landesregierung, an der Ihre Partei beteiligt ist, den Hochschulpakt mit einem entsprechenden Hochschulsozialpakt ergänzen und damit die soziale Infrastruktur an Hessens Hochschulen sicherstellen?**

Die CDU Hessen setzt sich für gute Studienbedingungen für die Studierenden in Hessen ein. Dazu gehört auch ein soziales Umfeld an den Hochschulen, das dem Bildungserfolg zuträglich ist. Die Hochschulen und Studierendenwerke wirken daher auf der Grundlage des Hessischen Hochschulgesetzes und des Studentenwerksgesetzes gemeinsam und als Partner in der wirtschaftlichen und sozialen Förderung der Studierenden und der Gestaltung der Lebenswelt Hochschule. Dazu gehören neben der Versorgung mit Essen und Wohnraum zu sozial verträglichen Preisen auch Beratungsangebote und Angebote zur Kinderbetreuung. Grundsätzlich setzen wir dabei auf größtmögliche Freiheit und Autonomie der Hochschulen. Daher wollen wir die Fortschreibungen des Hochschulgesetzes

der letzten Jahre vor dieser Zielsetzung auf den Prüfstand stellen und evaluieren, um den hessischen Universitäten und Hochschulen wieder mehr Autonomie zu geben.

Gleichzeitig wollen wir die Zuschüsse für die Studierendenwerke bedarfsorientiert ausbauen. Die CDU-geführte Landesregierung hat den Landes-Zuschuss für die Studierendenwerke seit 2014 um rund 50 Prozent erhöht – um insgesamt fünf Millionen Euro.

Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen. Ein eigener Hochschulsozialpakt würde aus unserer Sicht lediglich zusätzliche Bürokratie verursachen.

2) Wie wird Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die Studierendenwerke im Spannungsfeld drastischer Kostensteigerungen durch Kriegs- und Energiekrise einerseits und pandemiebedingter Nachfrage-Rückgänge andererseits sozialverträgliche Preise für die Studierenden in Wohnheimen und gastronomischen Einrichtungen gewährleisten können?

Hohe Inflationsraten, die Steigerung der Energiepreise sowie der Bau- und Bauunterhaltskosten führen aktuell zu enormen Belastungen der Hochschulen wie auch der Studierendenwerke. Den Studierendenwerken kommt in diesem schwierigen Umfeld auch die wichtige Aufgabe zu, den Studierenden eine soziale Sicherung zu bieten und Studieren unabhängig vom Geldbeutel zu ermöglichen.

Bei dieser wichtigen Aufgabe muss das Land unterstützend tätig werden. Die allgemeinen Kostensteigerungen dürfen nicht auf Kosten von Forschung, Lehre oder der Versorgung der Studierenden gehen.

Die Studierendenwerke als bedeutende Säulen der Hochschulgemeinden und wichtige Partner des Landes werden wir weiter stärken. Im Rahmen unseres Soforthilfeprogramms „Hessen steht zusammen“ hat die CDU-geführte Landesregierung den Studierendenwerken einen Sonderzuschuss

in Höhe von fünf Millionen Euro gewährt, um angesichts der Verwerfungen durch den russischen Angriffskrieg und die resultierende Energiekrise ihre sozialen Aufgaben gegenüber den Studierenden bestmöglich erfüllen zu können.

Weitere Entlastungen, wie die Energie-Einmalzahlung an Studierende, die Preisbremsen und die besondere Unterstützung für Vereine und andere Träger sollen ebenfalls dazu beitragen, die bewährten Strukturen in der Hochschullandschaft zu erhalten und ein möglichst sorgenfreies und bildungsorientiertes Lernen und Studieren zu ermöglichen.

Mittelfristig wollen wir neben den genannten Maßnahmen insbesondere die Grundfinanzierung der Hochschulen im Nachfolge-Hochschulpakt ab 2025 – über die generellen Kostensteigerungen hinaus – verlässlich steigern, um den autonomen Hochschulen mehr finanzielle Spielräume zu ermöglichen, um – wie im aktuellen Hochschulpakt verankert – den Versorgungsauftrag der Studierendenwerke (z.B. beim Betrieb der Mensen) zu unterstützen.

3) Auf welcher Weise wird eine Landesregierung mit Beteiligung Ihrer Partei die Studierendenwerke auf ihrem bereits begonnenen Weg hin zu mehr Digitalisierung und Nachhaltigkeit unterstützen, um sich zukunfts- und krisensicher aufzustellen?

Die Umsetzung und Gestaltung der Digitalisierung in Forschung, Transfer, Lehre und Verwaltung ist eine neue Daueraufgabe, die neben den Universitäten auch die Studierendenwerke betrifft. Sie bietet große Chancen, aber auch Herausforderungen. Um diese Chancen zu nutzen, braucht es nach unserer Überzeugung eine eigene Abbildung in der Grundfinanzierung.

Mit einem neuen und ausgeweiteten „Digitalpakt Hochschule“ werden wir den digitalen Wandel auch in Wissenschaft, Forschung und Lehre weiter vorantreiben. Dies kommt auch den Studierendenwerken zugute. Darüber hinaus bietet die CDU-geführte Landesregierung verschiedene Angebote zur Unterstützung bei der digitalen Transformation. Erfolgreiche Angebote wie der „Digi-Check“ oder der „Digi-Zuschuss“ haben bereits in zahlreichen

Betrieben die Digitalisierung gefördert. Mit der Einführung von „Digi-Coaches“ werden wir die Beratungsangebote noch weiter verbessern und Unternehmen unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, diese erfolgreichen Angebote auch für interessierte Studierendenwerke zu öffnen, um fachkundige und passgenaue Hilfe anbieten zu können.

Die individuellen Nachhaltigkeitsstrategien der Hochschulen wurden und werden im Rahmen der Hochschulautonomie vor Ort entwickelt. Sie verankern Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in den zentralen Leistungsdimensionen Lehre, Forschung und Transfer sowie in sämtlichen Betriebsabläufen der Hochschule. Dabei werden im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes alle Hochschulgruppen – auch die Studierendenwerke – einbezogen. Auch dies ist ein dauerhafter Prozess, den wir bei den Hochschulen in enger Zusammenarbeit mit den Studierendenwerken am besten aufgehoben sehen.

Studentisches Wohnen

1) Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den hessischen Hochschulstädten wieder mehr günstiger studentischer Wohnraum zu finden ist?

Die CDU-geführte Landesregierung hat mit dem Förderprogramm „Studentisches Wohnen“ bereits seit dem Jahr 2013 auf die Wohnraum-Knappheit für Studierende mit geringem Einkommen an den hessischen Hochschulstandorten reagiert. Im Jahr 2018 wurden zudem die Förderbedingungen verbessert, die Darlehenspauschale pro Quadratmeter Wohnfläche erhöht und die Förderung von Modernisierungsmaßnahmen von Studierendenwohnheimen ermöglicht. Als weitere Verbesserung ist seit dem Jahr 2020 die Gewährung eines Finanzierungszuschusses in Höhe von bis zu 40 % des Förderdarlehens möglich.

Diesen erfolgreichen Weg der besonderen Unterstützung wollen wir fortsetzen. Hessen hat seit 2013 bei den Wohnheimplätzen im Bundesvergleich laut Statistik des Deutschen Studentenwerks deutlich

aufgeholt und mit rund 18,5 % den prozentual höchsten Aufwuchs aller Länder. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Die Bereitstellung von besonders für Studierende reservierte Wohnungen – z.B. in Wohnheimen – kann immer nur einen bestimmten Anteil der wohnungssuchenden Studierenden versorgen. Auch wenn wir weiterhin das Ziel der Steigerung der hier verfügbaren Plätze verfolgen, liegt der Schlüssel für mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende vor allem darin, mehr Wohnraum zu schaffen. Denn der Preis für studentischen Wohnraum ergibt sich – jenseits aller staatlichen Eingriffe – zuerst nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage.

Wir als CDU setzen uns daher kontinuierlich dafür ein, dass das Angebot mit der Nachfrage Schritt halten kann. Dazu bedarf es eines Aufbruchs für einen Bau-Boom mit viel mehr Investitionen und ohne bürokratische Hemmnisse. Den sich verschlechternden Rahmenbedingungen müssen wir mit mehr Freiheit begegnen. Bund, Land und Kommunen müssen hier an einem Strang ziehen und handeln, statt nur leere Ziele zu formulieren. Wir werden eine Task-Force einsetzen und alle Kompetenzen nutzen, um Bauen wieder billiger zu machen und bürokratische Fesseln zu lösen. Dabei werden wir prüfen, wie zum Beispiel durch Aufstockungen oder Umwidmungen mehr Wohnungen geschaffen werden können. Die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau, gute Bedingungen für Wohnraum für Auszubildende und Studierende und soziale Hilfen sind dabei für uns selbstverständlicher Teil staatlichen Handelns. Wenn es gelingt, mehr Wohnraum anzubieten, schaffen wir auch mehr für Studierende zugänglichen Wohnraum.

2) Wie wird Ihre Partei studentischen Wohnraum fördern, damit auch in Hessen mindestens zehn Prozent der Studierenden zum sozialen Mietpreis in einem Wohnheim der Studierendenwerke leben können?

Als CDU Hessen bekennen wir uns zu dem Ziel, eine Versorgungsquote von 10 % für besonderen studentischen Wohnraum zu erreichen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat – gemeinsam mit den Studierendenwerken, die diese Vorhaben häufig umsetzen – auf diesem Weg bereits gute Erfolge erzielt. Derzeit befinden sich rund 1.800 Wohnheimplätze im Bau und in der Planung. Sobald diese Wohnheime fertiggestellt und bezogen sind, wird die Versorgungsquote nach heutigem Stand – bei gleichbleibenden Studierendenzahlen – auf 8,3 % ansteigen und sich somit weiter verbessern. Darüber hinaus wurde seit diesem Jahr das Förderprogramm „Junges Wohnen“ gestartet, mit dem die Länder mit 500 Millionen Euro Wohnraum für junge Studierende und Auszubildende schaffen können. Den eingeschlagenen Weg werden wir fortsetzen, damit künftig mindestens zehn Prozent der Studierenden zum sozialen Mietpreis in einem Wohnheim der Studierendenwerke leben können.

3) Werden Sie den Studierendenwerken die nötigen Baukostenzuschüsse, öffentliche Grundstücke und Sanierungsmittel verlässlich zu Verfügung stellen, so dass Studierende bezahlbar und hochschulnah wohnen können?

Wie in der Antwort auf Frage 1 dieses Fragenkomplexes dargestellt, hat die CDU-geführte Landesregierung durch deutliche Verbesserungen der Förderbedingungen gemeinsam mit den Studierendenwerken gute Fortschritte bei der Schaffung und dem Erhalt von Wohnheimplätzen erreicht. Das studentische Wohnen ist gemäß dem Gesetz über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen an den jeweiligen Hochschulstandorten eine der sozialen Aufgaben der hessischen Studierendenwerke. Die Förderung von Wohnungen für Studierende soll auch weiterhin ein Schwerpunkt der Wohnungsbauförderung des Landes bleiben. Dazu werden wir als CDU Hessen das erfolgreiche Programm „Studentisches Wohnen“ fortsetzen und die Mittel bei Bedarf weiter erhöhen. Damit fördern wir die nachhaltige Verbesserung der Wohnraumversorgung der Studierenden in Hessen. Wir werden zudem prüfen, ob angesichts der Verwerfungen an den Finanzmärkten mit steigenden Zinsen und den stark

steigenden Baukosten eine Anpassung aller Förderangebote im Bereich des Wohnungsbaus erforderlich ist.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird den Studierendenwerken auch künftig verfügbare Landesgrundstücke zur Verfügung stellen, wo dies möglich und sinnvoll ist. So ist unter anderem beabsichtigt, auf den vom Land Hessen im Jahr 2019 für den Neubau der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main erworbenen Grundstücken neben dem Hochschulneubau auch ein Studierendenwohnheim zu errichten. Bereits jetzt richtet der Landesbetrieb Bau und Hessen seine „Entbehrlichkeitsabfragen“ daher neben den Ressorts auch an die Studierendenwerke direkt, die daraufhin Interesse bekunden können.

4) Wie werden Sie dafür sorgen, dass Neubauten im Bereich Wohnen zukünftig auch im Hinblick einer ökologisch-nachhaltigen Bauweise gefördert werden?

Wir begrüßen und fördern die umfassenden Anstrengungen der Hochschulen und der Studierendenwerke im Bereich der Nachhaltigkeit. So wurden bereits im Hochschulpakt 2021-2025 zwischen Land und Hochschulen z.B. die Entwicklung von hochschulindividuellen Nachhaltigkeitsstrategien und auch die Ausrichtung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung vereinbart.

Die CDU-geführte Landesregierung hat zusätzlich das Programm „COME-Hochschulen“ aufgelegt. Es dient der nachhaltigen Steigerung der Energieeffizienz und der CO₂-Einsparung in den Hochschulgebäuden in Hessen. Unter Beteiligung von elf Universitäten und Hochschulen sollen bis 2025 rund 40 Bauprojekte umgesetzt werden. Insgesamt 200 Millionen Euro stehen hierfür zur Verfügung. Für Neubauten bestehen ohnehin Bauvorschriften, die eine gute Wärmedämmung und Energieeffizienz sowie künftig noch höhere Anforderungen an eine besonders nachhaltige Wärmeversorgung stellen.

Die Einbeziehung der Studierendenwerke erfolgt an den Hochschulen unterschiedlich, auch abhängig davon, wie institutionalisiert die Aktivitäten der Hochschulen im Bereich der Nachhaltigkeit bereits sind. Insbesondere bei Bauprojekten gibt es ohnehin bereits einen engen Austausch der Hochschulen mit den Studierendenwerken. Darüber hinaus sollten die Studierendenwerke mit einem eigenen Kapitel bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung der Hochschulen vertreten sein.

Studienfinanzierung

1) Welche Bedeutung hat das Thema BAFÖG für Ihre Partei?

Eine gute Ausbildung ist die Basis für beruflichen Erfolg und eine sichere Existenz, sie bringt aber auch zunächst finanzielle Belastungen mit sich. Wir wollen jedem Jugendlichen eine interessen- und neigungsgerechte Bildung ermöglichen. Diese individuelle Förderung ist Ausdruck der persönlichen Freiheit eines jeden Einzelnen, die sich unmittelbar aus dem christlichen Menschenbild ableitet.

BAföG gibt es daher nicht nur für das Studium an Hochschulen, sondern auch für den Besuch anderer weiterführender Bildungsstätten, wie beispielsweise Schulen, Berufsschulen und Abendschulen.

Das BAföG ist für uns als CDU Hessen dabei eines der wichtigsten Instrumente für Bildungsgerechtigkeit. Damit Bildung und Ausbildung nicht vom Geldbeutel abhängen, muss es sich immer weiterentwickeln – inhaltlich, um junge Menschen in ihren individuellen Lebenssituationen noch besser zu erreichen, aber auch technisch. Wir werden dazu auf Bundesebene, wo nötig weitere Anpassungen anregen.

2) Wie kann Ihre Partei in einer hessischen Landesregierung gegenüber dem Bund dazu beitragen, dass das BAFÖG seiner Aufgabe wieder gerecht werden kann?

Studierende können bereits seit dem Wintersemester 2022/2023 von den ersten Leistungsverbesserungen der BAföG-Reform 2022 des Bundes profitieren. Die CDU-geführte Landesregierung hat diese Maßnahmen als wichtige erste Schritte unterstützt. Für die weiteren geplanten Reformschritte hat die Bundesregierung in Berlin leider noch keinen Zeitplan festgelegt.

Wir als CDU Hessen werden die Wirkung des auf Bundesebene neu geregelten BAföG aufmerksam begleiten und wo nötig weitere Anpassungen anregen. Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene weiterhin für eine schnelle Umsetzung der noch offenen Reformschritte einsetzen.

Wo wir als Land Spielräume haben, wurden diese auch in dieser Legislatur im Sinne der Belange der Studierenden im Bereich des BAföG genutzt. Dabei hat sich die CDU Hessen besonders für folgende Punkte eingesetzt:

- Hessen hat als eines von fünf Pilotländern die bundesweit einheitlich digitale Antragstellung von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) entschieden vorangetrieben und sich bereits an der Pilotphase, die im Oktober 2020 startete, beteiligt hat.
- Die Regelstudienzeit während Corona, also vom Sommersemester 2020 bis einschließlich dem Wintersemester 2021/2022, wurde um ein zusätzliches Semester erhöht, wodurch eine weitere Verlängerung des möglichen BAföG-Bezugs gewährleistet war. So sind Studierende, die aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie keine oder nicht alle vorgesehenen Leistungen erbringen konnten, grundsätzlich keine finanziellen Nachteile entstanden.

3) Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass BAFÖG-Ämter die notwendige Sach- und Personalausstattung erhalten, die sie

brauchen, um die Anträge der Studierenden schnell und zielführend bearbeiten zu können?

In Hessen wurden zum Vollzug des BAföG bei den Studierendenwerken sowie den kreisfreien Städten und Landkreisen Ämter für Ausbildungsförderung errichtet. Wir sind überzeugt, dass hier die Anträge schnell und fachgerecht bearbeitet werden können.

Hochschulgastronomie

- 1) Was wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei konkret tun, damit Mensen und Cafeterien ihren gesetzlichen Versorgungsauftrag erfüllen können?**
- 2) Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass eine ausreichende Finanzausstattung der Studierendenwerke sowohl für Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch für bedarfsgerechte Angebote und Öffnungszeiten zur Verfügung steht?**
- 3) Was planen Sie, um die Studierendenwerke zu unterstützen, damit diese trotz der Preisexplosionen insbesondere im Bereich Energie und Lebensmittel ein ausgewogenes Speisenangebot zu sozial verträglichen Preisen sicherstellen können?**

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet.

Die hessischen Studierendenwerke versorgen die Studierenden des Landes entsprechend ihrem gesetzlichen Versorgungsauftrag mit Essen zu sozial verträglichen Preisen. Und das soll auch so bleiben.

Deswegen werden wir die Studierendenwerke als bedeutende Säulen der Hochschulgemeinden und wichtige Partner des Landes weiter stärken. Die CDU-geführte Landesregierung hat den Landes-Zuschuss für die Studierendenwerke seit 2014 um rund 50 Prozent erhöht – um insgesamt fünf Millionen Euro. Wie in den vorherigen Antworten dargestellt, bekennen wir uns

gerade auch angesichts hoher Inflationsraten und steigender Kosten zu dieser Verantwortung.

Die Ausgestaltung im Detail obliegt dabei den Hochschulen und den internen Gremien und Abstimmungsprozessen in Partnerschaft mit den Studierendenwerken.

Beratungsstellen

- 1) Wird eine Regierung unter Ihrer Partei diese Beratungsangebote verlässlich und nachhaltig finanzieren?**
- 2) Wird Ihre Partei eine Zuschussregelung vorantreiben, die eine verlässliche öffentliche Finanzierung der Beratungsleistungen der Studierendenwerke sicherstellt?**

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Unsere Ziele sind ein qualitativ hochwertiges Studienangebot und gleichzeitig eine hohe Studienerfolgsquote der Studierenden. Für eine zukunftsfähige Ausgestaltung von Studium und Lehre setzen wir auf starke Lernumgebungen, differenzierte Lernwege und intensive Lernbegleitung. Um dem gerecht werden zu können, benötigen Universitäten, die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und die weiteren Hochschulen des Landes eine strukturell wirksame Fokussierung auf Studium und Lehre. Aus unserer Sicht kommt dabei auch Beratungs- und Unterstützungsangeboten eine Schlüsselrolle zu, um die Zahl von Studienabbrüchen so gering wie möglich zu halten. Das beginnt bereits beim Übergang von Schule zum Studium. Mit einem noch besseren Talentscouting für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, mit einer Begabtenförderung an Schulen und mit einer besseren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen möchten wir dazu beitragen, dass der Übergang zum Studium gelingt. Darüber hinaus werden wir die Studienberatung verbessern. Berufsorientierung, alternative Ausbildungswege, branchenspezifische Bedarfsprognosen u.v.m., aber auch soziale und psychologische Angebote sind wichtige Hilfestellungen für junge

Menschen. Vor allem digitale Formate sorgen dabei für flexible und passgenaue Angebote.

Für die Studienleistungen und den Studienerfolg spielt auch die Qualität der Lehre eine entscheidende Rolle. Sie ist daher wesentlicher Teil der Bemühungen, die Studienerfolgsquoten insgesamt zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch Anreize für (Teil-)Systemakkreditierungen an weiteren hessischen Hochschulen setzen.

Selbstverständlich würdigen wir auch ganz besonders die kostenlosen und vielfältigen Beratungsangebote der hessischen Studierendenwerke, die sich in der Vergangenheit als besonders wertvoll erwiesen haben. Eine neue eigene Zuschussregelung für die Beratungsleistungen sehen wir dabei nicht an erster Stelle. Insgesamt werden wir aber die Studierendenwerke als bedeutende Säulen der Hochschulgemeinden und wichtige Partner des Landes weiter stärken, so dass auch die Beratungsleistungen zielgenau von den Studierendenwerken selbst weiterentwickelt werden können.

Studium mit Kind oder pflegebedürftigen Angehörigen

- 1) Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung bei?**
- 2) Wie wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei sich für eine Aufstockung der Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote sowie für weiterführende Angebote an Studierende mit Familienaufgaben einsetzen?**

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet:

Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Kinder sind unsere Zukunft. Wir werden Kinder und Familien deshalb weiter in das Zentrum unserer Politik stellen und Hessen als familien- und kinderfreundliches Land nach vorne bringen. Unser Land muss attraktiv und lebenswert bleiben, damit Familien sich hier wohlfühlen und die Entscheidung für Kinder leichter fällt. Familienfreundliche Angebote, verlässliche Kinderbetreuung, und

passgenaue Unterstützung sind unser Leitmotiv – das gilt auch für Familien mit einem oder beiden Elternteilen im Studium.

Für die CDU Hessen steht im Mittelpunkt, jedem Kind individuell das bestmögliche Angebot für Bildungs- und Erziehungswege zu machen. Die Freiheit und Verantwortung der Eltern für das Wohl ihres Kindes stehen dabei für uns an erster Stelle. Als Staat wollen wir Eltern unterstützen, gute Angebote für Bildung und Betreuung und echte Wahlfreiheit ermöglichen.

Wir erkennen an, dass viele junge Menschen den Wunsch haben, sowohl eine Familie zu gründen als auch eine akademische Ausbildung zu absolvieren. Diesen Wunsch wollen wir ermöglichen. Daher haben wir uns bereits für Maßnahmen eingesetzt, um diese Vereinbarkeit zu erleichtern und den Zugang zu Bildung gerade für junge Frauen zu verbessern.

Im Zentrum der Vereinbarkeit von Studium und Familien steht eine gute Kinderbetreuung. Jedes Kind hat einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz, wenn die Eltern sich dafür entscheiden. Zur echten Wahlfreiheit gehört für uns dabei, jedem Kind, dessen Eltern dies wünschen, einen angemessenen, wohnortnah erreichbaren und qualitativ guten Betreuungsplatz bereit zu stellen. Um dies zu gewährleisten, muss das Betreuungsangebot in allen Bereichen ausgebaut werden. Wir wollen die Kommunen unterstützen, dem noch besser gerecht zu werden. Dafür muss das Angebot weiter ausgebaut werden. Für die Fortsetzung unsers Investitionsprogramms und die Schaffung von mehr Plätzen werden wir weitere Mittel des Landes zur Verfügung stellen. Neben den bewährten Einrichtungen in kommunaler, freier und kirchlicher Trägerschaft wollen wir auch die Betreuungsangebote direkt an den Hochschulen weiter ausbauen. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau von Betreuungsangeboten an Hochschulen und die Förderung von Kindertagesstätten auf dem Campus.

Die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung soll den individuellen Bedürfnissen der Studierenden gerecht werden, Wahlfreiheit sicherstellen und gleichzeitig auch zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland beitragen.

Neben der Seite einer guten Kinderbetreuung muss auch auf der Seite der Lehre ein Angebot geschaffen werden, welches den besonderen Bedürfnissen kindererziehender Studierender gerecht wird. Dazu gehört unter anderem die Flexibilisierung von Studienzeiten und -bedingungen, gezielte Beratungsangebote sowie die Bereitstellung finanzieller Unterstützung für studierende Eltern.

Wir unterstützen daher, wenn im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit von den Hochschulen flexible Lehrangebote, hybride oder digitale Angebote mit zeitlicher Flexibilität und vergleichbare Angebote gemacht werden, die es kindererziehenden Studierenden erleichtern, ihr Studium zu absolvieren. Mit der Stärkung digitaler Zugangswege, unter anderem durch ein gemeinsames Hessisches Hochschulportal auf Cloudbasis und eine gemeinsame Online-Bibliothek der Hochschulen, wollen wir dazu beitragen, Studium und Kind noch besser vereinbar zu machen.

Als wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Studium und zur Sicherung der Wahlfreiheit hat die CDU-geführte Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Hochschulen die Angebote für ein Teilzeitstudium deutlich erweitert und verbessert. So studieren bereits fast 20.000 Studierende in Hessen in Teilzeit. Im neuen Hochschulgesetz wurde verankert, dass alle Studiengänge möglichst so gestaltet sein sollen, dass sie auch in Teilzeit studiert werden können, und dass zudem besondere Teilzeitstudiengänge eingerichtet werden. Auch damit erweitern wir die Möglichkeiten, Studium und Familie zu vereinbaren.

Darüber hinaus haben alle hessischen Hochschulen besondere Beratungsstellen für Familien geschaffen, um vor Ort Antworten und Lösungen für konkrete Probleme zu finden. Die Landesregierung unterstützt dies mit einer eigenen Auditierung, die eine gute Qualität dieser Angebote sicherstellt.

Kultur und Internationales

1) Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Kultur als Aufgabe von Studierendenwerken bei und wie werden sie dies aktiv (auch finanziell) unterstützen?

Wir stehen für eine verlässliche Unterstützung der Studierendenwerke im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung. Kulturelle Angebote aus dem Kreis der Studierenden heraus können ein Beitrag zur Unterstützung des studentischen Lebens sein und die kulturelle Vielfalt bereichern. Im Sinne einer möglichst umfassenden Freiheit und Autonomie der Studierendenwerke unterstützen wir solche Initiativen, soweit sie die Erfüllung der vorrangigen gesetzlichen Aufgaben nicht beeinträchtigen.

2) Im Zuge weiterer internationaler Vernetzungen der Hochschulen wird die Versorgung von internationalen Studierenden weiter an Bedeutung zunehmen. Welche Rolle sollen aus Ihrer Sicht dabei die Studierendenwerke spielen und wie werden Sie die Finanzierung der diesbezüglichen Angebote in den Studierendenwerken sicherstellen? Welche Unterstützung werden die Studierendenwerke unter einer Landesregierung mit der Beteiligung Ihrer Partei erfahren?

Die Studierendenwerke spielen für internationale Studierende eine besonders herausgehobene Rolle, da diese häufig besondere Unterstützungs- und Beratungsleistungen benötigen. Die Studierendenwerke sind daher aus unserer Sicht sehr wichtige Akteure in der Unterstützung und Integration internationaler Studierender. Wir als CDU Hessen streben auch weiterhin eine umfassende Unterstützung der Studierendenwerke an, um sicherzustellen, dass sie eine aktive Rolle bei der Versorgung und Betreuung internationaler Studierender spielen können.

Um die Finanzierung der diesbezüglichen Angebote in den Studierendenwerken zu gewährleisten, werden wir uns dafür einsetzen, dass

ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Dies kann durch eine angemessene Zuweisung von Landesmitteln erfolgen, um sicherzustellen, dass die Studierendenwerke die erforderlichen Ressourcen haben, um internationalen Studierenden qualitativ hochwertige Dienstleistungen anzubieten. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die Studierendenwerke in Zusammenarbeit mit Hochschulen und anderen relevanten Institutionen Unterstützung erhalten, um die spezifischen Bedürfnisse internationaler Studierender zu erfüllen. Dies kann beispielsweise den Ausbau von Beratungsangeboten, Sprachkursen, kulturellen Aktivitäten und sozialen Unterstützungsprogrammen umfassen.

Beschäftigte der Studierendenwerke in Hessen

- 1) Wird Ihre Partei in einer Regierungsbeteiligung dafür sorgen, dass die von den Tarifparteien ausgehandelten Steigerungen in den Berechnungen des Landeszuschusses verbindlich berücksichtigt wird?**

Wie bereits dargestellt bekennen wir uns zu den wichtigen Aufgaben der Studierendenwerke. Es ist unbestritten, dass hierfür eine gute finanzielle Ausstattung erforderlich ist. Die CDU-geführte Landesregierung hat daher den Landes-Zuschuss für die Studierendenwerke seit 2014 um rund 50 Prozent erhöht – um insgesamt fünf Millionen Euro. Darüber hinaus haben wir mit einem Sonderzuschuss in Höhe von rund 5 Millionen Euro auf die besonderen Herausforderungen von Corona und Energiekrise reagiert und damit gezeigt, dass wir zu unserer Verantwortung stehen und die Studierendenwerke mit den großen Herausforderungen der Zeit nicht allein lassen. Dieses Prinzip wird uns auch mit Blick auf künftige Tarifergebnisse und damit voraussichtlich weiter steigende Kosten leiten.

2) Wie will Ihre Partei in der Tariflandschaft wirken, damit auch die Beschäftigung im Geltungsbereich des TV-H attraktiv und konkurrenzfähig ist?

Ein starker und leistungsfähiger Staat braucht kompetentes und motiviertes Personal. Wir wollen, dass das Land auch zukünftig ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Arbeitgeber ist, der neben sinnstiftenden Aufgaben und sicheren Arbeitsplätzen auch gute Arbeitsbedingungen und Karriereperspektiven bietet.

Wir stehen für eine gute, faire und leistungsgerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst. Die Beschäftigung im Geltungsbereich des TV-H ist aus Sicht der CDU Hessen attraktiv und konkurrenzfähig.

Die Tarifhoheit des Landes hat sich bewährt. Der sogenannte „Hessentarif“ nimmt bereits heute eine Vorbildfunktion für den übrigen öffentlichen Dienst ein. Er sichert in über 160 Punkten eine für die Beschäftigten bessere Regelung als der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. So sichert er beispielsweise das bundesweit einmalige Hessenticket, den Familienzuschlag und die stufengleiche Höhergruppierung sowie eine Vielzahl weiterer Regelungen im Sinne der Beschäftigten.

Daran halten wir fest und schaffen auch in Zukunft eine faire Entlohnung. Wir wollen den Tarifvertrag für die Angestellten des Landes weiter an die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mit unseren Tarifpartnern an die aktuelle Arbeitsmarktsituation anpassen. Den Übergang in den Ruhestand werden wir flexibler gestalten und längeres Arbeiten zu attraktiven Konditionen ermöglichen.

3) Wie wollen Sie dem zunehmenden Fachkräftemangel in Hessen begegnen?

Die Sicherung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs ist eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahre. Als CDU Hessen stellen wir uns dieser Herausforderung mit einem ganzheitlichen Ansatz, der alle

Aspekte in den Blick nimmt. Wir zünden einen neuen Turbo für mehr Beschäftigung, der Menschen in Arbeit bringt, qualifizierte Fachkräfte nach Hessen lockt und mit praxisnaher, moderner Weiterbildung neue Chancen für die Zukunft eröffnet. Unsere Fachkräfteoffensive begegnet der strategischen Zukunftsaufgabe, indem praktisch, serviceorientiert und passgenau alle Potentiale aus dem In- und Ausland voll ausgeschöpft werden.

Die Arbeit des "Bündnis Fachkräftesicherung Hessen", in dem die relevanten Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Kommunen eingebunden sind, werden wir weiter fortführen. Gemeinsam mit dem Bündnis wollen wir Lösungsansätze erarbeiten, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und unseren Wirtschaftsstandort weiter zu stärken. Aufbauend auf dem Bündnis für Fachkräftesicherung ergreifen wir die Chancen, die in der Aktivierung vorhandener Potenziale – zum Beispiel durch die noch bessere Förderung von Frauen in der Erwerbstätigkeit – steckt. Aspekte wie die Stärkung der Arbeitsvermittlung spielen dabei genauso eine Rolle, wie die durchgängige Stärkung der beruflichen Bildung in der gesamten Bildungsverwaltung im Rahmen des differenzierten Chancenschulsystems.

Zudem brauchen wir Fachkräfte, die aus dem Ausland zu uns kommen. Für diese wollen wir eine echte Fast-Lane einrichten! Für die Anwerbung von Fachkräften soll beim Bund eine neue Agentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) geschaffen werden. Diese Agentur soll aktiv um ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt werben. Dafür ist es wichtig, ihnen einen guten Willkommensrahmen zu schaffen, der Hessen zum ersten Anlaufort für Fachkräfte aus dem Ausland macht. Teil unserer Offensive für Fachkräfte ist daher die schnellere und bessere Anerkennung von Abschlüssen, die Beratung und Unterstützung von Unternehmen und Qualifizierungsangebote sowie landesweite Kampagnen.